

Deutsche Allgemeine Zeitung.

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit.“

In bezug durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Duerkstr. Nr. 8) und Dresden (bei G. Häfner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 1).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Wochenausgabe des Sonntags täglich zwei mal und wird ausgegeben in Leipzig, Mittags 11 Uhr Abends 6 Uhr; in Dresden Abends 6 Uhr, Vormittags 8 Uhr.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Ngr.; jede einzelne Nummer 1 Ngr.

Die Zollvereinsconferenzen in Berlin.

Berlin, 21. Juni. In der heutigen Sitzung der Zollvereinsconferenz wurde die Debatte über die Feststellung und Ausgleichung der Zuckerzölle fortgesetzt, indem das erwünschte Material der statistischen und finanziellen Darlegungen beigebracht worden war. Die Discussion war sehr umfangreich, wie es der Gegenstand wol mit sich bringt, und waren zwei Parteien, die sich gegenseitig bekämpften. Die Norddeutschen, an deren Spitze Hannover, verlangten eine Modification der Zölle auf Colonialzucker und eine sehr umfangreiche Erhöhung der Zölle auf Rübenzucker, indem dargelegt wurde, daß die Rübenzuckerindustrie auch bei einem doppelt und dreifach so hohen Satz als sie gegenwärtig gibt bestehen kann. Als Beispiel hierfür wurde Frankreich angeführt, wo bei gleich hoher Steuer auf Rüben- wie auf Colonialzucker dennoch die erstere Industrie so großartig bestünde, daß verhältnismäßig dort noch weniger Colonialzucker eingeführt werde als bei uns. Von der andern Seite, und zwar von den süd-deutschen Staaten unter Vortritt Württemberg's, wurde bestritten, daß eben die Rübenzuckerindustrie in Deutschland auf dieser Höhe stehe und das Beispiel von Frankreich wurde für Deutschland nicht maßgebend erachtet, sondern hervorgehoben, daß die Rübenindustrie, wenn sie nicht kräftig geschützt werde, zu Grunde gehen müsse. In der Besteuerung dieses Gegenstandes stand man sich in soweit gegenüber, als von Seiten Hannovers ein Antrag gestellt wurde, die Steuer bis auf 6 Sgr. per Centner auf Rübenzucker zu erhöhen, während man von der extremen andern Seite die Steuer auf dem jetzigen Satz beibehalten mißten wollte. Der vorläufig festgestellte Satz von 4 1/2 Sgr. per Centner im Entwurf, den man schon in voriger Sitzung vorläufig angenommen hatte, wurde denn auch heute als die definitive Basis der Vermittelung angenommen, während man sich über den Satz auf Colonialzucker noch nicht geeinigt hat und die Berathung darüber wol noch die nächste Sitzung ausfüllen wird.

Von der preussischen Grenze, 19. Juni. Es ist dankbar anzuerkennen, daß sich der sächsische Minister, Hr. v. Beust, öffentlich und offen über die Ansichten und Pläne der Darmstädter Verbündeten ausgesprochen hat (Nr. 250). Die Völker des bisherigen Zollvereins können danach ihre Hoffnungen und Besorgnisse bemessen. Die Beschwerden der Opposition gegen Preußen lassen sich auf Folgendes resumiren. Dieses schloß den Septembervertrag mit Hannover, ohne seinen Zollverbündeten davon vorher Anzeige zu machen, auch nachher suchte es deren nachträgliche Genehmigung nicht zu erlangen, verhandelte vielmehr weiter ohne sie mit den andern Staaten des Steuervereins. Die Einladung seiner Zollverbündeten zur Theilnahme an den wiener Verhandlungen schlug es aus, und jetzt erklärt es, über einen Handelsvertrag und eine Handelsvereinbarung mit Oesterreich erst dann unterhandeln zu wollen, wenn der Zollverein wiederhergestellt sein wird. In diesem Allen erkennen die Darmstädter Verbündeten eine Verletzung der Parität von Seiten Preußens und erblicken darin, an die normaligen Unionversuche sich erinnernd, eine Bedrohung ihrer politischen Selbständigkeit und der Handelsinteressen ihrer Länder. Allerdings läßt sich ein einseitiges, die Zollverbündeten verlegendes Verfahren Preußens bei den Verhandlungen über den Septembervertrag nicht leugnen. Auf der andern Seite aber muß man diesen Staat auch damit entschuldigen, daß die mannichfaltigen Erfahrungen der letzten Jahre ihn in eine gereizte Stimmung versetzen mußten und ihn nöthigten, seine Verbindungen anders wie im südlichen und mittlern Deutschland, wenigstens für den Nothfall, zu suchen und sich zu sichern. Uebrigens haben die Verbündeten Preußens Verfahren und Unrecht, wenn es ein solches war, nachgehakt; sie haben ohne ihres Hauptverbündeten Zustimmung und ohne ihn sich mit Oesterreich in commercielle Verhandlungen eingelassen und bereits Verträge, wenigstens im Entwurfe, abgeschlossen. Dadurch haben sie die dormalige commercielle Krisis Deutschlands um eine große Verwickelung bereichert. Hätten sie sich zur „Vertretung der wiener Entwürfe nicht anheischig gemacht“, so nähmen sie jetzt in Berlin eine unabhängige freie Stellung ein. Sie könnten ihre vermeintlich, aber, wie die Erfahrung der letzten Jahre bewiesen, nicht wirklich bedrohte Selbständigkeit Preußens gegenüber wahren und ihre Gleichberechtigung durch neue Vertragsartikel sichern. Aber gebunden, wie die Darmstädter Verbündeten nun sind, durch ihre Zusagen an Oesterreich, müssen sie jetzt in Berlin darauf bringen, daß Preußen sich dennoch in Verhandlungen über die wiener Propositionen einlasse, die es ein für allemal vor Reconstitution des Zollvereins ausgeschlagen hat. Das halten wir mit Preußens Ehre nicht für vereinbar, noch weniger wird es durch irgend eine Nothwendigkeit geboten. Preußen und Norddeutschland, im Besitze aller Ströme, der Nord- und Ostsee, kann den Darmstädtern ruhig die Donau und das Schwarze Meer überlassen. Preußen hat lange genug und viel nachgegeben. Es kann daher wol verlangen, daß seine Geg-

ner in diesem formellen Streite der vor- oder nachherigen Verhandlungen mit Oesterreich nachgeben. Uebrigens kann es sich doch nicht durch Verträge mit Oesterreich binden, ohne zu wissen, wie die Opposition den alten Zoll- und den neuen Septembervertrag, vielleicht modificiren will. Unter diesen Umständen sind die Aussichten auf Erhaltung des alten Zollvereins sehr getrübt. Wie durch ein solches Verfahren die commerciellen und industriellen Interessen der oppositionellen Staaten gefährdet werden sollen, begreifen wir nicht. Sachsen ist zwar „die Eröffnung seiner südlichen Grenze gesichert“; allein Oesterreich erklärt ja, daß es unter mehreren Jahren noch nicht in eine völlige Zollvereinigung mit den Coalirten treten könne. Folglich kann es doch die Communication mit Sachsen jetzt noch nicht zollfrei geben. Daß der Handel und die Industrie sich in den Darmstädter Zollvereinsstaaten im höchsten Grade jetzt bedroht fühlt, das beweisen die laut ausgesprochenen Wünsche und Besorgnisse ihrer Bewohner. Die Staatsmänner schienen zwar darauf wenig Rücksicht zu nehmen. Möchten sie jedoch ihrer Staatsweisheit nicht zu viel vertrauen. Mögen sie bedenken, was die Diplomatie von der Clausel „jusqu'à la mer“ an bis zu der neuesten Einverleibung Krakaus, wobei sie den Handel Schlesiens ebenfalls nicht bedachte, gefehlt hat. Deshalb können wir den Rath nicht billigen, welchen sie dem Handelslande ihre Länder geben, sich aller Demonstrationen zu enthalten und der doch wahrlich nicht unsehlbaren Staatskunst ruhig Alles zu überlassen. Der gesunde Menschenverstand rath im Gegentheil, in allen, besonders aber so wichtigen Sachen, bei denen es sich um Wohl und Wehe ganzer Länder und Generationen handelt, die Stimme der Verständigen zu hören und zu berücksichtigen.

Deutschland.

Berlin, 21. Juni. Der Preussische Staats-Anzeiger veröffentlicht das neue Gesetz über das Postwesen.

— Aus Düsseldorf vom 18. Juni. schreibt man: In der heutigen Sitzung des Verwaltungsraths der Düsseldorf-Elsener Eisenbahn erklärte Advocatanwalt Bloem, daß er auf den mit der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag Verzicht leiste. Der Verwaltungsrath acceptirte sofort diese Erklärung und setzte zur Neuwahl eine Sitzung auf den 2. Juli an. Unter diesen Umständen hatte der königliche Regierungskommissar keine Veranlassung, mit Androhung von Zwangsmaßnahmen, zu welchen er vom Ministerium ermächtigt war, hervorzutreten.

Hannover, 20. Juni. In beiden Kammern wurde gestern über das Lotteriewesen gesprochen und wurden mehrseitige Wünsche laut, die hannoversche Staatslotterie aufgehoben zu sehen; Anträge wurden indessen nicht gestellt. Andererseits versicherte der Regierungskommissar, daß auch die Regierung keine Neigung habe, die Lotterie zu begünstigen; die Anforderungen um Emittirung einer größern Anzahl Loose seien stets abgewiesen worden.

Lübeck, 19. Juni. Im Einvernehmen mit der Bürgerschaft hat der Senat am 16. Juni beschlossen und heute öffentlich als Gesetz verkündet: „Die Befenner der jüdischen Religion sind in dem hiesigen Freistaate mit den übrigen Staatsangehörigen, sowie in staatsbürgerlicher so auch in gewerblicher Berechtigung gleichgestellt.“ Nachträglich glauben wir noch erwähnen zu müssen, daß in der Sitzung der Bürgerschaft am 16. Juni, wo obiger Beschluß gefaßt wurde, eine Eingabe der Krämercompagnie überreicht worden war, welche die Bitte aussprach, die Bürgerschaft wolle dem beantragten Gesetze die Zustimmung für jetzt und so lange versagen, bis eine Befestigung der davon zu befürchtenden (in der Eingabe näher dargelegten) Uebelstände möglich geworden sein werde. (Lüb. Z.)

— Aus Bremen vom 19. Juni berichtet der Hamburgische Correspondent: Gestern Abend nach 11 Uhr erschienen in der Wohnung des Buchdruckers Emil Meyer zwei Polizeibeamte und führten denselben, nachdem sie eine Hausdurchsuchung gehalten, in das hiesige Criminalgefängniß ab. Die Veranlassung ist, wie wir hören, daß Hr. Meyer (bekanntlich ein hervorragendes Mitglied der ehemaligen Linken) infolge der bereits stattgehabten Untersuchungen in der Todtenbundsangelegenheit als dringend der Theilnahme an dem Todtenbunde verdächtig erschien.

— Man schreibt der Allgemeinen Zeitung von der Elbe im Juni: In der deutschen Geschichte ist es nichts Ungewohntes, daß Ausländer ein feineres Gefühl für Recht und Sitte zeigen gegen Deutsche als die Landesleute unter sich. Ein Brief von Lord Palmerston an den dänischen Gesandten in London und die neuesten Ereignisse in Holstein führen zur Erinnerung an diese Parallele. Am 15. Mai 1849 schrieb Lord Palmerston

Nr. 2).
nen und
M
ic.
en.
erfasserin
dieselben
nbin ge
finden.
selbst:
1 Uhr.
1 Uhr.
[1678]
tlyzig ist
beziehen:
rhe
gramma-
mit Peter
3) Bohl-
aufgaben.
stände, als
n der Sch-
piel gram-
scher Auf-
gaben
Uhr.
hen Erzie-
winnt idg-
anerkannt.
aupt beuf-
wie neue
eieren be-
im öffentl-
die Mo-
ie lehrt
richtig
leben d
hen und
agen er.
[1666]
nde.
lung aus
Zustande
rechtende
gemeinen
Einsicht
333-35]
pzig.
ng. (VII.)
S. No.
Großherz-